



Thies Wahnschaffe

Regulierung der Arbeitnehmerüberlassung im Lichte des Unions- und Verfassungsrechts

Abhandlungen zum deutschen und internationalen Arbeits- und Sozialrecht, Band 16

635 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18997-7, € 139,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428189977

Die Arbeitnehmerüberlassung ist eines der umstrittensten Themen der Arbeitsmarktpolitik und der korrelierenden rechtswissenschaftlichen Debatte. Dies betrifft nicht nur die arbeitsrechtliche Diskursebene. Vielmehr ist die Arbeitnehmerüberlassung in hohem Maße durch Vorgaben des höherrangigen Rechts überformt. Der Autor widmet sich einer tragfähigen Analyse der vielfältigen unions- und verfassungsrechtlichen Determinanten dieses Themenfeldes und untersucht die im Hinblick auf das höherrangige Recht problematischen Regulierungsentscheidungen des AÜG. Die Untersuchung deckt auf, dass sich insbesondere aus den Vorgaben der Leiharbeitsrichtlinie oder aus der Schutzpflichtentematik des Grundgesetzes nur wenige Regelungsvorgaben herausarbeiten lassen. Der Autor kommt daher zu dem Ergebnis, dass das Regulationssystem des AÜG im Wesentlichen unions- und verfassungskonform ist. Zugleich verweist die Studie auf bestehende Regelungslücken und mündet in einem Appell an den demokratischen Gesetzgeber.

Inhalt

- 1. Einleitung:** Problemaufriss — Stand der Forschung — Gang der Untersuchung
 - 2. Arbeitnehmerüberlassung als Phänomen des Arbeitslebens und des Arbeitsrechts:** Die zivilrechtliche Gestalt der Arbeitnehmerüberlassung und die historische Entwicklung ihrer Regulierung — Arbeitnehmerüberlassung im Spiegel der Interessen der Beteiligten und des Staates
 - 3. Unionsrechtliche und grundgesetzliche Determinanten des zwischen den beteiligten Akteuren bestehenden Interessenkonflikts: Arbeitnehmerüberlassung als freiheits- und schutzrechtlich aufgeladenes Spannungsfeld?** Die unionsrechtlichen Vorgaben des Sekundärrechts und des Primärrechts: Der verbindliche Regelungsrahmen der Leiharbeitsrichtlinie und die Wertungen des Primärrechts — Die grundgesetzlichen Vorgaben: Berufsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Gleichheitssatz und Sozialstaatsprinzip
 - 4. Arbeitnehmerüberlassung als Gegenstand staatlicher Regulierung in Deutschland:** Gesetzgeberische Grundentscheidungen im nach Unionsrecht und Grundgesetz verbliebenen Handlungsrahmen — Das Regelungsmodell des AÜG: Wahren die Regulierungsentscheidungen des AÜG den gesetzgeberischen Handlungsrahmen? — Weitere Regulierungsaspekte im Lichte der unions- und verfassungsrechtlichen Determinanten: Gesetzliche Alternativen mit Regulierungspotenzial in Bezug auf den Interessenkonflikt der Arbeitnehmerüberlassung?
 - 5. Schlussteil:** Wesentliche Ergebnisse — Abschlussbewertung und Ausblick
- Literatur- und Stichwortverzeichnis